

### Der Strelemann-Prozess

Wien, 6. April.

Zu Beginn der gestrigen Verhandlung im Strelemann-Prozess gab der Vorsitzende eine scharfe Erklärung gegen die „Deutsche Zeitung“ ab, die in tendenziöser Weise über den Prozess berichtet hat. Der Vorsitzende wird Strafantrag gegen die Zeitung stellen.

Die Vernehmung hatte zunächst nach den Anlauf von „Material“ für die Deutschnationalen Volkspartei zum Gegenstand, das der Oberregierungsrat Göbel von Kranz erworben hat. Göbel erklärte, daß er gewußt habe, daß es sich um die Vorbereitung einer Aktion gegen den Außenminister handelte. Auch Kranz bezeugte, er habe das Material nur ungeprüft übergeben. Er habe das Material von verschiedenen Seiten bekommen und zwar von Bekannten im Reichsfinanzministerium.

Kranz machte dann eine Reihe weiterer Aussagen über die Schrottgeschäfte der Cooperator-Gesellschaft. Wegen Gefährdung der Staatssicherheit wurde dann auf etwa zwei Stunden die Öffentlichkeit ausgeschlossen. In der nichtöffentlichen Sitzung wurden die Zeugen Kranz und Seemann über die Einzelheiten der Schrottgeschäfte vernommen.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit wurden die Beziehungen zwischen der Gesellschaft Cooperator und der Gesellschaft Schweizer und Oppler in Königsberg erörtert. Von Seiten der Verteidigung wurde behauptet, diese Verbindung habe keinen Handel und Verschlebung zum Zweck gehabt.

Der Vorsitzende äußerte am Schluß der Sitzung die Hoffnung, daß die Beweisaufnahme am Mittwoch beschloffen werden könne. Doch ist es möglich, daß die Beweisaufnahme sich noch auf den Donnerstag ausdehnen wird.

### Eine deutschnationale Erklärung

Der Hauptgeschäftsführer der Deutschnationalen Volkspartei, Dr. Weiß, teilt der „Voss. Ztg.“ auf Anfrage zu den Aussagen des Zeugen Kranz im Wauener Prozeß mit, daß Kranz ihm vor 2 1/2 Jahren Material angeboten habe über Schieberungen hinsichtlich der Deutschen Werke und des Hannover Pagers. Da er sich kurz darauf in ein Sanatorium begeben hatte, habe sein Vertreter auf seine Bekürwortung hin, das Material erworben und einen Betrag von 5000 Mark ausgemacht, in dem nicht nur der Preis für das Material, sondern auch für die Bearbeitung mit einbezogen sein sollte. Dr. Weiß betont ausdrücklich, daß das gesamte Material weder etwas über Dr. Strelemann noch über die Cooperator-Gesellschaft enthält.

### Sachsen erhebt Einspruch gegen den Finanzausgleich

(St. A.) Dresden, den 6. April.

Das Gesamtministerium hat beschlossen, beim Reichsrat zu beantragen, daß gegen die vom Reichstag beschlossenen Gesetze zur Uebergangsregelung des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, sowie zur Regelung des Gesetzes über den Eintritt der Freistaaten Württemberg, Bayern und Baden in die Reichsvereinsgemeinschaft auf Grund von Artikel 74 der Reichsverfassung Einspruch erhoben werde.

### Der Schelde-Konflikt

Belgien ersucht England um Intervention.

London, 6. April.

Wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ berichtet, ist die belgische Regierung wegen Ablehnung des Scheldevertrages durch die zweite holländische Kammer an die englische Regierung herangetreten. Diese hat jedoch zu versichern gegeben, daß die Verhandlungen zwischen der belgischen und der holländischen Regierung gesünder seien, den Scheldekonflikt beizulegen. Erst wenn die weiteren Bemühungen Belgiens im Haag scheitern sollten, sollte Belgien die Garantie des Vertrages von 1839 England und Frankreich um Intervention anrufen. Schließlich könnte sich auch der Völkerbund mit dem Schelde-Problem befassen.

### Zum italienisch-ungarischen Vertrag

Paris, 6. April.

Zu der gestrigen Unterzeichnung des italienisch-ungarischen Vertrages wies Fertinax im „Echo de Paris“ die Frage auf, ob man in dem Vertrage ebenso wie in anderen die Neutralitätsklausel finde. Nach dem Geiste und dem Inhalt des Völkerbündnisses gebe es keine Neutralität. Alle Völkerverträge seien moralisch verpflichtet, gegen die Angreifer zu marschieren. Es könne sich daher keine Macht die Handlungsfreiheit gegenüber einer anderen Macht vorbehalten. Die gegenwärtige Stunde sei für den Völkerbund sehr schlimm. Ohne Värm und Aufhebens sei jedoch der albanische Konflikt der Rechtspredung des Völkerbundes entzogen worden. Wird ihm jetzt, so fragt Fertinax, ein neuer Schlag versetzt?

Es ist schwer, in dem jugoslawischen Konflikt nicht eine Warnung an Belgien zu erkennen und über Belgrad hinweg an die drei Länder der Kleinen Entente. Der Duce habe in Athen und Bukarest auf die Forderung des jugoslawischen Königreiches hingearbeitet. Er habe nichts vernachlässigt, was die Zusammenarbeit derjenigen schwächen oder begrenzen müsse, die sich in das Erb-Hasbuburg teilen. Diesen Versuch legt er nun fort, indem er mit Budapest einen Vertrag schließt.

### Japans Zurückhaltung in China

London, 6. April. Wie die „Times“ aus Tokio berichten, hat das japanische Kabinett gestern erneut die Lage in China behandelt. Dabei wurde festgestellt, daß in Hankau keine Ueberfälle auf Japaner mehr vorgekommen seien und die Kantone behörden mit den Japanern zusammen den Schutz der japanischen Konzession gewährleisten. Von neuen japanischen Truppenverstärkungen in China kann nicht mehr die Rede sein.

### Schildigung.

In dem in unserer gestrigen Ausgabe veröffentlichten Hinweis betr. Abonnementüberweisungen usw. muß die Anschrift des Kontowaltes richtig heißen: Herr Udo Kieckmann (nicht H. Kieckmann), Dresden, Altmarkt 10, Postfachkonto Dresden Nummer 4066.

# Die Schlußabstimmung über den Reichsetat

## Keine Haushaltsmittel für das Deutsche Hygiene-Museum — Vier Millionen für Kinderpeisung bewilligt — 450 Millionen für unterflügende Erwerbslosenfürsorge

Berlin, den 6. April.

In der heutigen Sitzung des Reichstages findet die Schlußabstimmung über den Reichshaushalt für 1927 statt. Die dritte Lesung des Reichshaushaltes ist gestern beendet worden.

Weiter wird heute über das von den Kommunisten eingebrachte Mißtrauensvotum gegen den Reichsarbeitsminister Brauns abgestimmt. Schließlich steht das Zündholzmonopol und das Arbeitszeitgesetz auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung.

Den Standpunkt der Sozialdemokraten und der Opposition brachte Dr. Hilferding am Anfang der gestrigen Sitzung scharf zum Ausdruck. Die Sozialdemokraten mißbilligen den von der Regierung vorgelegten Haushaltsplan. Insbesondere der ungerechte Finanzausgleich, der die Finanzhoheit des Reiches zugunsten der Länder schwäche, müsse abgelehnt werden. Die Sozialdemokratie bedenne sich zum Einheitsstaat und lehne daher den Haushalt, der vom Geiste des Absolutismus erfüllt sei, ab.

Auch der Redner der demokratischen Fraktion, Abg. Dietrich (Baden), bezeichnete den Etat als unvollkommen. Obwohl der Haushaltsplan von dem demokratischen Reichsfinanzminister Dr. Reinhold entworfen worden ist, der Finanzausgleich dürfe nur auf ein Jahr verlängert werden. Es sei bedauerlich, daß im Etat keine Mittel vorgesehen seien, um den Handwerker und den Kleinbauern zu helfen.

In der Einzelberatung wurde der Haushalt des Reichspräsidenten und des Reichstages ohne Aussprache angenommen. Beim Haushalt des Auswärtigen Amtes erfolgte auf Verlangen der Sozialdemokraten die Herbeijiehung des Reichsanwalts Dr. Strelemanns, über die wir an anderer Stelle berichtet haben.

Beim Haushalt des Reichsinnenministeriums gab der Reichsfinanzminister Dr. Köhler die Erklärung ab, daß ein Weg gesucht werden soll, um für das Hygiene-Museum in Dresden, dessen Etatposition von 1 Million Mark bekanntlich gestrichen worden ist, auf anderem Wege Mittel bereitzustellen. Der Abgeordnete Dr. Kütz bezeichnete es als kurzfristig und nicht annehmbar, daß die Etatposition von 1 Million für das Hygiene-Museum gestrichen worden sei. Man müsse sich vor dem Auslande genieren, daß das Deutsche Reich so armelig sein sollte, daß es einen solchen Betrag nicht aufbringen könnte.

Der Antrag der Regierungsparteien, den Baukostenzuschuß für das deutsche Hygiene-Museum von 1 Million zu streichen, wurde in namentlicher Abstimmung mit 243 gegen 152 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen. Gestrichen wurde ferner die Etatposition für die Junglehren im Betrage von 2,5 Millionen Mark. Der Rest des Innenetats wurde angenommen.

Im Haushalt des Arbeitsministeriums wurden 50 Millionen für produktive Erwerbslosenfürsorge gestrichen, dagegen 25 Millionen für Kleinrentner und 72 Millionen für Invalidenversicherung neu eingesetzt. Der Betrag für die unterstützende Erwerbslosenfürsorge wurde von 200 auf 450 Millionen Mark erhöht.

### Kurze Nachrichten

Die 150-Millionen-Anleihe der Schweiz überzeichnet. Die 4-prozentige 150-Millionen-Anleihe der Schweizer Eidgenossenschaft, die in diesen Tagen zur Zeichnung auslag, ist mit etwa 12 Millionen überzeichnet worden. 79 Millionen bestanden aus Stücken der früheren Konvulsionsanleihe, 82 Millionen waren Neuzzeichnungen.

Loucheurs Berliner Reise. Der frühere französische Wirtschaftsminister Loucheur hat am Mittwoch seine Reise nach Berlin angetreten, um mit der Berliner Handelskammer die aus der Tagesordnung der bevorstehenden Weltwirtschaftskonferenz stehenden Fragen zu behandeln. Am 8. April wird er in der Handelskammer über die wirtschaftliche Lage Europas sprechen.

Verkauf ehemaliger deutscher Schiffe an England. Am Dienstag wurde namens der englischen Regierung in London der Verkauf von acht früheren deutschen Dampfern von 4500 bis 6500 Tonnin, die 1914 in Buenos Aires zuflucht gesucht hatten, zu Ende geführt. Infolge des Alters und des Zustandes der Schiffe sind die erzielten Preise nur gering. Einige Schiffe sind nur zum Abbruch geeignet.

Verkauf diplomatischer Dokumente. Wie die Londoner Zeitung „Daily Express“ wissen will, hat am Dienstag der Sekretär der japanischen Botschaft in einer Autodroschke diplomatische Dokumente, von vitaler Wichtigkeit für England und Japan“ verloren.

Der Schiedspruch des Reichsarbeitsministers über die Arbeit in den Werftbetrieben ist von der Belegschaft der Hamburg-Bremer am Dienstag durch Abstimmung angenommen worden.

Unschicklich. Bei Mailand wurde einem Motorradfahrer, der einen Passanten überfahren hatte, von der Bevölkerung mit Steinen die Schirmhaube zertrümmert, so daß er lebend weggeschafft werden mußte.

Zwei zweite französische Flottenbauprogramm. Das vom Präsidenten der Republik am Dienstag genehmigte zweite Flottenbauprogramm für die Zeit vom 1. Juli 1927 bis 30. Juni 1928 läßt den Bau von einem Kreuzer, sechs Torpedobootzerstörern, fünf U-Booten, einem U-Boot, das gleichzeitig Minen legen kann, und zwei Aviso für die Verwendung im Auslande vor.

Zwangsarbeit für Wäntzer in Italien. 14 Wäntzer der Stadt Vercelli, die zahlreiche Familien ins Unglück geführt haben, sind zu Anwesenheit in den Kolonien verurteilt worden.

Für Kinderpeisung wurden 4 Millionen in den Haushalt des Reichsministeriums für Ernährung wieder eingesetzt.

Im Bergrungshaushalt wurde die Summe für Arbeitsbeschäftigten mit 549 Millionen erhöht, die für Hilfsbehandlung auf 37,9 Millionen. Die anderen Kapitel des Etats wurden in der Einzelberatung unter Abänderung von Oppositionsanträgen unverändert angenommen.

### Die Strafrechtsreform

Annahme im Reichsrat.

Berlin, den 6. April.

Der Reichsrat hielt am Dienstag eine öffentliche Plenarsitzung ab, in der der Gesetzentwurf über das neue Strafgesetzbuch bis auf einige zurückgestellte Punkte angenommen wurde. Nach längeren Beratungen haben die Reichsratsausschüsse sich zu den wesentlichen Neuerungen des Strafgesetzbuches einverstanden erklärt; das Plenum prüfete im wesentlichen den Ausschußbeschlüssen bei.

Eine bedeutsame Neuerung in dem angenommenen Entwurf ist die Erweiterung der Freiheit des richterlichen Ermessens. Um der Persönlichkeit des Täters gerecht werden zu können, ist es dem Richter freigestellt, das Strafmaß nach unten und oben nach seinem Ermessen festzusetzen. Im allgemeinen werden mildernde Umstände zugelassen. Die Strafen für das Gewohnheitsverbrechen werden verschärft. Außerdem sind Sicherungsmaßnahmen getroffen durch die Möglichkeit, Unterbringung moralisch schwacher Personen in Heil- und Pflegeanstalten. Beibehalten ist die Todesstrafe; allerdings nicht mehr ablosbar bei Mord, sondern auch hier kann Rücksicht auf den einzelnen Fall genommen werden. Als Freiheitsstrafen sind Zuchthaus, Gefängnis und die sogenannte „Leichtfesselung“ vorgesehen, die an Stelle der Festungshaft tritt. Die Begnadigung wird gesetzlich geregelt. Bei Landes- und Hochoverrat ist es im wesentlichen bei den bestehenden Bestimmungen geblieben. Als strafbares Vahlovergehen ist eingefügt die wirtschaftliche Fälschung. Neuaufgenommen sind auch Strafbestimmungen gegen Feme und gegen Verächtlichmachung der Farben des Reiches und der Länder. Zweikampf soll mit Gefängnis bestraft werden.

In der Einzelberatung fand ein Antrag Hamburgs, die Todesstrafe abzuschaffen, nur die Unterstützung von Mecklenburg-Schwerin, Anhalt und Lübeck, während Preußen erklärte, daß nach Ansicht des preussischen Staatsministeriums der Zeitpunkt noch nicht gekommen sei, auf die Abschaffung der Todesstrafe zu verzichten. Die Verhandlung über Preußens Anträge, einzelne Bestimmungen des Republikstrafgesetzes in das Strafgesetzbuch aufzunehmen, wurden noch zurückgestellt, nachdem Justizminister Herrgert erklärt hatte, daß das Reichshauptgesetz noch keine Stellung genommen habe. Zu erwähnen ist noch, daß auf Antrag Preußens der gesellschaftliche Verfall bei Wahlen für strafbar erklärt wird.

Stürmische Bürgermeistereiwahl in Chicago. Die Londoner Blätter berichten aus Chicago, daß dort gestern bei der Bürgermeisterwahl nicht weniger als 5000 Polizisten mit Panzerwagen und Maschinengewehren aufgestellt waren. Trotzdem kam es zu zwei Bombenattentaten und Entführung einer Anzahl Personen, darunter zweier Richter, die als Wahlagenten aufgetreten waren.

Geständnis des Breslauer Lustmörders. Der Mörder der kleinen Rugala ist nicht in Breslau, sondern in Königsberg verhaftet worden. Er gestand den Lustmord ein und gab auch zu, noch weitere Verbrechen dieser Art begangen zu haben.

Sieben mexikanische Banditen hingerichtet. Nach einer Meldung aus Mexiko wurden sieben Banditen, die den amerikanischen Ingenieur Willins ermordet haben, in Guadaluajara hingerichtet.

Vier Personen von einer Lawine verschüttet? Der Pächter eines 1950 Meter über dem Meerespiegel gelegenen Hotels, seine 26jährige Frau sowie ihr Ehemann und ein junger Mann sind unter noch nicht aufzuklärenden Umständen verschüttet. Man vermutet, daß die vier Personen bei dem Versuch, zu Tal zu fahren, in eine Lawine geraten sind.

Die Kultur-Film-Gemeinde Dresden bietet in diesem Monat seinen zahlreichen Mitgliedern und Fremden ein außerordentliches Programm. Am Sonntag wurde im Hof-Palast der Film „Das Land der laujend Freuden“ gezeigt. In äußerst unterhaltener Weise unterföhrt von prächtigen Naturaufnahmen, macht er mit der Beobachtung, den Sitten und Gebräuchen der malaischen Inseln Sumatra bekannt. — Dieser ausgezeichnete Film wird zusammen mit dem Film „Die neue Grob-macht“, Aufnahmen von der internationalen Olympiade in Frankfurt a. M. am Donnerstag, den 7. April im Volkshaus (a. a. l. Trabantenpasse (um 4, 37 und 39 Uhr) vorgeführt. — Am kommenden Sonntag, den 10. April, vormittags 11 Uhr, ist in den U. L. Lichtspielen, Gelegenheit, eine Film-Reise mit der Sopran nach Brasilien und Argentinien zu unternehmen. Korvettenkapitän Breithaupt wird dazu einen ausführlichen Bericht über die Länder und das deutsche Siedlerleben geben. Karten im Vorverkauf sind in der Hamburg-Amerika-Linie, Seelstraße Ecke Bismarckstraße erhältlich.

### Wetterbericht der Dresdner Wetterwarte

Witterungsansichten: Nach Regenfällen vorwiegend wolfig mit noch vereinzelt Schauern. Temperaturen schwankend. Im allgemeinen mild. Auf westliche Richtungen drückende voraussetzliche aufziehende Winde.